

wenn auch die Abweichung unter den einzelnen Städteordnungen nicht eine so erhebliche ist, wie bei den Landgemeindeordnungen. Die bedeutendste ist die preussische Städteordnung für die sieben östlichen Provinzen mit Ausschluß Neuorpommerns. Mit kleinen Änderungen ist diese Städteordnung später für Hessen-Nassau außer Frankfurt a. M. Gesetz geworden, mit etwas größeren Änderungen für Frankfurt a. M. und für Schleswig-Holstein. Erheblichere Abweichungen von der preussischen Städteordnung zeigt die Städteordnung für Westfalen und für die Rheinprovinz. Selbständigen Charakter trägt die Städteordnung für Neuorpommern, sowie die für Hannover.

An der Spitze der Stadtverwaltung steht, leitend und beaufsichtigend, der Bürgermeister (Oberbürgermeister, Erster Bürgermeister), zugleich Vorsitzender des Standesamts und in der Regel Ortspolizeibehörde. Er ist Vorsitzender des Magistrats, der außer ihm aus einem Beigeordneten (Zweiten Bürgermeister) als seinem Stellvertreter, aus einer Anzahl besoldeter und unbesoldeter Schöffen (Stadträte, Ratsherren, Ratsmänner) besteht. Alle Mitglieder des Magistrats werden von den Stadtverordneten gewählt, die unbesoldeten auf sechs Jahre, die besoldeten (auch die Bürgermeister) auf zwölf Jahre oder auf Lebenszeit und bedürfen der staatlichen Bestätigung. Ein rechtskundiges Magistratsmitglied heißt Syndikus, das kassenverwaltende Kämmerer. — Die Stadtverordnetenversammlung stellt eine Vertretung der Bürger dar, die Stadtverordneten, zur Hälfte Hausbesitzer, werden auf sechs Jahre nach der Dreiklassenwahlordnung gewählt.

Nach der rheinischen Städteordnung fehlt der Magistrat, dem Bürgermeister stehen ein oder mehrere Beigeordnete zur Seite, er führt den Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung. — In Neuorpommern wird der Bürgermeister auf Lebenszeit vom König ernannt. — In Hannover werden die einzelnen Mitglieder des Magistrats (Senatoren) vom Magistrat und einer gleichen Anzahl von Bürgervorstehern in vereinigter Versammlung auf Lebenszeit gewählt.

Große Gemeinden unterstehen direkt der Regierung, kleinere bilden mit andern vereinigt einen Kreis. Neben der staatlichen Verwaltung des Kreises durch den Landrat geht eine Selbstverwaltung einher durch den Kreistag, dessen Mitglieder aus Stadt und Land gewählt werden. Zur Führung der laufenden Geschäfte besteht der Kreisausschuß, der sich aus dem Landrat als Vorsitzendem und sechs vom Kreistag gewählten Mitgliedern zusammensetzt.

Der Selbstverwaltungskörper für die Provinz ist der Provinziallandtag. Seine Mitglieder werden aus den einzelnen Kreisen gewählt. Zur Vertretung bei den laufenden Verwaltungsgeheimnissen wählt der Provinziallandtag den Provinzialausschuß, der aus einem Vorsitzenden und 7—13 anderen Mitgliedern besteht. Ausführendes Organ der Beschlüsse des Provinzialausschusses ist der Landeshauptmann (Landesdirektor). Zu